

Statement des IB zum Neuen Fachkonzept BvB 2004/2005

Die Tabelle enthält die aus Sicht des IB gravierendsten Punkte, die geändert/ verbessert werden müssten. Darüber hinaus schließe ich mich den Voten der anderen Trägervertreter und der Kultusministerien bei dem Expertengespräch in Göttingen (14. Juni 2005) an.

Problembeschreibung	Vorschläge zur Abhilfe
<p>Konzept begrenzt die Grundstufe auf 6 Monate. Dies ist für viele Teilnehmer mit Behinderungen zu kurz, weil</p> <p>a.) die eigenen Ansprüche noch nicht mit den realistischen Möglichkeiten in Einklang gebracht werden können. Und</p> <p>b.) zu Wenige eigene Vorstellungen haben.</p>	<p>Grundstufe sollte im Einzelfall verlängert werden können</p>
<p>„schwache“ Teilnehmer mit Behinderungen sind in der BvB-Maßnahme teilweise überfordert durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • den modularen Aufbau (keine konstanten Gruppen, geforderte Beteiligung an der Planung), • Vermischung der verschiedenen Zielgruppen (Teilnehmer mit Behinderungen können sich nicht so gut behaupten), • zu großer Bruch gegenüber dem gewohnten Lernumfeld in der Förderschule, • zu viele Bezugspersonen: Bildungsbegleitung, Sozialpädagog(in)e, Klassenlehrer(in), Ausbilder(in), Berufsschullehrer(in) 	<p>Für Teilnehmer mit Behinderungen wäre der Einsatz des Psychologischen Dienstes notwendig und sinnvoll.</p> <p>Konstante Gruppen und kontinuierlicher Verlauf</p> <p>Eindeutige Vertrauensperson notwendig</p>
<p>Für die nicht behinderten Teilnehmer verschieben sich durch die Zielgruppenvermischung die Maßstäbe nach unten.</p> <p>Der Vergleich mit schwächeren Teilnehmern verführt zu einer unrealistischen Selbsteinschätzung.</p> <p>Diese Effekte lassen sich auch durch eine weitgehende Trennung der Zielgruppen in unterschiedliche Gruppen nicht vermeiden.</p>	
<p>Praxis der örtlichen Agenturen weicht zum Teil vom Konzept ab,</p>	<p>Qualifizierung der Agentur-Mitarbeiter zum Umgang mit und zur</p>

was zu einer Verunsicherung der Mitarbeiter beim Träger führt.	Philosophie des Konzepts; Fortbildung
<p>Das Konzept sieht für die Übergangsqualifizierung keinen allgemeinbildenden sondern nur fachtheoretischen Unterricht vor.</p> <p>Mehr als die Hälfte der Teilnehmer die von Beginn an für die ÜQ vorgesehen waren oder in sie wechseln, verändern jedoch ihre Berufswünsche nochmals.</p> <p>D.h. der bisherige fachtheoretische Unterricht wird nicht fortgeführt ist sozusagen verloren. Gleichzeitig werden bestehende Lücken im allgemeinbildenden Bereich vernachlässigt.</p> <p>Bei einer späteren Ausbildung sind die allgemeinbildenden Fächer wieder Pflichtfächer in der Berufsschule und die Teilnehmer haben monatelang keinen Unterricht darin gehabt. Dies ist bei diesem Personenkreis äußerst problematisch.</p>	Anstatt berufsfeldbezogenem Unterricht sollte allgemeinbildender Unterricht, vor allem Deutsch und Rechnen angeboten werden.
Bei Qualifizierungsplan macht die vorgegebene Gliederung bzw. die Festlegung der Reihenfolge Probleme bei der prozessorientierten Dokumentation z.B. getrennte Dokumentation von Übergängen in die Qualifizierungsebenen einerseits und des zeitlichen Verlaufs andererseits.	Anordnung der Gliederungspunkte sollte offen sein.
Bei schwachen, noch nicht entscheidungsreifen Teilnehmern mit Behinderungen gibt es nach 11 Monaten nur noch die Option Vorbereitung auf Arbeit für die restlichen 7 Monate. Bei dem Entwicklungsstand vor allem der Lernbehinderten sind 11 Monate eine zu kurze Zeit, um gravierende Neuorientierungen zu ermöglichen. Dies widerspricht dem gesetzlich verankerten Vorrang der Ausbildung.	Förderzeitraum sollte verlängert werden können. Außerdem ist der Vorrang für Ausbildung im Konzept stärker zu verankern und durch die Agenturen stärker umzusetzen

- Ein generelles Problem der berufsvorbereitenden Maßnahmen ist, dass im wachsenden Konkurrenzkampf auf dem Praktikumsmarkt andere Zielgruppen von den Betrieben bevorzugt werden. Lt. Stuttgarter Zeitung vom 28.05.2005 verschärft die vermehrte Zahl von Praktika (in den verschiedensten Maßnahmen, auch in den Schulen) den Wettbewerb um Ausbildungsplätze statt den Mangel an Ausbildungsplätzen zu vermindern. Benachteiligte Zielgruppen haben dann wieder das Nachsehen.

- Eine psychologisch diagnostische Untersuchung (im IB-Bildungszentrum Stuttgart) von auffälligen Teilnehmern mit Behinderung ergab, dass zwischen 20 und 25% der TN mit BvB nicht das Maßnahmeziel erreichen können. Der Anteil der Teilnehmer mit Behinderungen ist wesentlich größer als in der Regel auf den Losblättern vermerkt.
- Individualisierung und Binnendifferenzierung bedeuten in der durch Loszuschnitt und Personalschlüssel geprägten Praxis de facto die Auflösung von verbindlichen Gruppenstrukturen und Zuordnung zu Ausbildern und Pädagogen. Die originäre pädagogische Qualität, mit der schulmüde und benachteiligte Jugendliche erreicht und verbindlich angesprochen werden können, ist so nicht mehr gegeben.
- Die Auflösung verbindlicher Gruppen wirkt sich negativ auf den Erwerb von Schlüsselkompetenzen/-qualifikationen aus: Hierbei ist ein wichtiger Anteil soziales Lernen in der Gruppe, das durch die Struktur der Maßnahme kaum noch möglich ist. Individualisierung darf nicht Gruppenstrukturen auflösen. Insbesondere bei behinderten Teilnehmern führt dies zu negativen Konsequenzen: Sie vergleichen sich untereinander und die Behinderten sind in Unterricht und Unterweisung trotz Binnendifferenzierung immer wieder die Schlusslichter.
- Zur Praxis der Agenturen mit dem Konzept: Der Der (beabsichtigte) positive Effekt durch Strukturierung in Förderstufen kann nicht ausgeschöpft werden, da die Mitarbeiter/innen der Agentur in nur unzulänglichem Maße unseren Bildungsbegleiter/innen zu deren Qualifizierungsvereinbarungen Rückmeldung geben.
- Das gleiche gilt für die im Konzept zugesagte Vorinformation der Träger zu den Teilnehmer/innen
- Die gestaffelte Aufnahme über 2 Monate erschwert den geordneten Maßnahmeablauf erheblich: Wir können bis in den November hinein die Stundenpläne nur von Woche zu Woche gestalten, da sowohl die TN-Zahl als auch deren Berufswahl erst zum Beginnstermin geklärt werden können. Dies bringt erhebliche Unruhe für die TN und viele Planungsunsicherheiten.
- Die Förderdauer, hier schließt sich der IB den Statements der anderen Institutionen an, sollte auf 12 Monate erhöht werden.

Walter Würfel

Internationaler Bund, Zentrale Geschäftsführung

Burgstr. 106

60389 Frankfurt/M

walter.wuerfel@internationaler-bund.de